

Staat und Recht im Imperialismus

Bürgerliche Demokratiekrise und antidemokratische Konzepte

— Zu einer Studie der Trilateral Commission —

Dr. sc. EKKEHARD LIEBERAM und

Prof. Dr. sc. KARL-HEINZ RÖDER,

Institut für Theorie des Staates und des Rechts
der Akademie der Wissenschaften der DDR

„Wohin steuert die Demokratie?“, „Hat die Demokratie noch eine Chance?“, „Steht das Ende der Demokratie bevor?“ — so oder ähnlich lauten die Schlagzeilen und Titel zahlreicher bürgerlicher politischer Publikationen. Unter ihnen beansprucht eine von der Trilateral Commission, einem Gremium führender Vertreter von Politik und Wirtschaft aus den USA, aus Japan und Westeuropa,¹ unter dem Titel „Krise der Demokratie (Bericht über Probleme der Regierbarkeit der Demokratie)“² herausgegebene Studie besondere Aufmerksamkeit.

*Krise der bürgerlichen Demokratie —
Hauptthema bürgerlicher Ideologen*

Die bürgerlichen Politiker und Ideologen möchten den Prozeß des Niedergangs der bürgerlichen Demokratie allzugern in einen Prozeß des Niedergangs der Demokratie überhaupt umdeuten. Aber ebensowenig, wie es eine Demokratie als solche gibt, gibt es eine Krise der Demokratie. Wie jede politische Erscheinung trägt auch die Demokratie Klassencharakter, der dadurch bestimmt wird, welche Klasse in einer Gesellschaftsordnung die ökonomische und politische Macht ausübt.

Tatsächlich ist die bürgerliche Demokratie von einer tiefen Krise ihrer Institutionen und Ideen erfaßt³ — nicht erst in der Gegenwart, sondern seitdem das Monopolkapital mit dem Beginn dieses Jahrhunderts die Herrschaft ergriff und die Institutionen der bürgerlichen Demokratie, wie z. B. das bürgerliche Parlament mit den verfassungsmäßigen Befugnissen der Gesetzgebung und der Kontrolle der Regierung, seinen Interessen unterwarf, Interessen, die auf die Erzielung von Höchstprofitten, auf räuberische Expansion und Aggression nach außen sowie auf die Unterdrückung demokratischer Bestrebungen der Volksmassen im Innern gerichtet sind.

Die tiefe Krise der bürgerlichen Demokratie wurzelt in der Herrschaft der Monopole, deren ökonomische und politische Machtkonzentration objektiv zum Abbau der Demokratie drängt. Sie äußert sich sowohl im Niedergang der traditionellen bürgerlich-demokratischen Einrichtungen als auch gerade in den Versuchen der Monopole, die von den Werktätigen errungenen Rechte einzuschränken oder völlig zunichte zu machen.

Unter dem Eindruck der anhaltenden Krisenprozesse im politischen System des Imperialismus ist die „Krise der Demokratie“ auch zu einem zentralen Thema der bürgerlichen politischen Ideologie geworden. Prognosen, die bürgerliche Demokratie werde sich stabil und zukunftssicher entwickeln, wie sie in den fünfziger und sechziger Jahren überwogen, sind einer pessimistischeren Sicht gewichen. Der Report über die „Regierbarkeit der Demokratien“ offenbart deutlich, daß jene internationalen Foren der Monopolbourgeoisie, in denen wichtige politische Probleme beraten werden — und dazu gehört die Trilateral Commission —, weder allgemeine Klagelieder anstimmen noch bei düsteren Prophezeiungen stehenbleiben. Sie dienen vielmehr dazu, konzeptionelle Vorstellungen zu entwick-

keln, wie im Interesse der Aufrechterhaltung der Monopolherrschaft der wachsenden Labilität der bürgerlich-parlamentarischen Systeme zu begegnen sei: auf dem Wege der Stärkung des bestehenden Staates und der Schaffung einer „ausgeglichenen Existenz“ der Demokratie.

Wer bedroht die bürgerliche Demokratie?

Die Autoren der Studie der Trilateral Commission sind sich darin einig, jede Gesellschaftskritik zu unterlassen und an deren Stelle eine isolierte, ausgesprochen konservative Staats- und Demokratiekritik zu setzen. Dies ist eine Methode, die seit jeher von maßgebenden Richtungen der bürgerlichen Staatslehre angewandt wurde, um dann solche „Ursachen“ vorzuzeigen, aus denen Lösungen abgeleitet werden können, die den politischen Intentionen des Monopolkapitals entsprechen.

Der Grundgedanke der Studie ist: Die Krise der „Regierbarkeit der Demokratien“ resultiere aus einer „fehlerhaften Demokratie“ und einer „Überforderung“ des Staates. Beides untergrabe die Autorität des Staates und das Vertrauen der Bürger zu ihm. „Ein Exzeß an Demokratie bedeutet ein Defizit an Regierbarkeit, geringe Regierbarkeit weist auf eine fehlerhafte Demokratie hin.“ Das „Wesen der demokratischen Welle der sechziger Jahre“ habe in einem „allgemeinen Angriff auf das bestehende System der Autorität“ bestanden. In den letzten Jahren habe „das Funktionieren dieser Demokratie zweifellos mit einem Versagen der traditionellen Mittel der sozialen Kontrolle, ... mit einer Flut von Forderungen der unteren Bevölkerungsschichten geendet“.

Das Ziel der Monopolbourgeoisie ist es, die Werktätigen durch Verstärkung der repressiven und autoritären Herrschaftsmethoden wieder zum Gehorsam zu veranlassen. Jedoch wird die deformierte und weitgehend ausgehöhlte bürgerliche Demokratie als zu „funktions- und leistungsschwach“ betrachtet, um dieses Ziel zu erreichen. Die demokratischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern erscheinen in dieser Betrachtung als „Feind der Demokratie“.

Zu den „von außen kommenden Bedrohungen der Demokratie“ zählt die Studie wirtschaftliche Krisenerscheinungen wie „eine allgemeine Depression oder eine Inflation“ und eine „schwere Niederlage auf dem Gebiet der äußeren Beziehungen“ sowie solche Probleme, die sich aus „der sozialen Entwicklung und der politischen Dynamik“ ergeben. Dabei wird das Verhältnis von ökonomischen Krisen und bürgerlicher Demokratie vulgarisiert. Die in diesem Zusammenhang notwendige Frage nach den sozial-ökonomischen Realisierungsbedingungen der Demokratie — nach den Rechten auf Arbeit, auf Bildung, auf demokratische Mitwirkung und soziale Sicherheit — unterbleibt. Während die bürgerliche Demokratie in wirtschaftlichen Krisenzeiten in Wirklichkeit besonders deshalb bedroht ist, weil die Monopole dann noch weitaus stärker als sonst die sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen angreifen, legen die Autoren der Studie die Gefährdung „der Funktionsweise der Demokratie“ den um ihre Rechte kämpfenden Werktätigen zur Last.

In der Studie wird weiter die altbekannte antikommunistische Losung aufgetischt, daß „Bedrohungen der Demokratie“ angeblich von jenen kommunistischen Parteien ausgehen, „die merklichen Einfluß in der Arbeiterklasse“ besitzen und „die Vernichtung der bürgerlichen Demokratie“ im Namen des revolutionären Sozialismus befürworten“.

Wer meint, daß damit das auf dem Kopf stehende Feindbild von „Bedrohungen der Demokratie“ schon komplett wäre, der irrt. Die Verfasser der Studie, die in der Pose